

LINKS BL·BS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
200 · Ausgabe BL·BS · Juli 2022



Handlungsbedarf in der Kinder- und Jugendpsychiatrie

Bei der psychiatrischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen liegt dringender Handlungsbedarf vor. Fachkräftemangel und Pandemiesituation verschärfen aktuell die Lage, die sich hier noch dramatischer gestaltet als in der Erwachsenenpsychiatrie. Die SP-Fraktionen der beiden Basler Parlamente haben daher einen gemeinsam erarbeiteten Vorstoss dazu eingereicht.



Pascale Meschberger,
Landrätin Baselland



Georg Mattmüller,
Grossrat Basel-Stadt

Die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung ist eine der zentralen Aufgaben des Kantons. Neben der akuten somatischen Spitalversorgung ist die Psychiatrie der zweite wichtige Leistungsbereich. Dieser orientiert sich im Wesentlichen an erwachsenen Personen. Zwar ist die kinder- und jugendpsychiatrische Versorgung im Rahmen einer Kooperation zwischen den Kantonen (Nordwestschweiz) geregelt, die psychiatrische Versorgung von Minderjährigen ist aber in verschiedener Hinsicht nicht optimal aufgestellt.

Verschiedene Problemstellungen

Die stationäre Unterbringung von akut psychisch erkrankten Minderjährigen ist nicht kinderschutzgerecht gewährleistet. Ebenso ist die Versorgung Minderjähriger mit einer geistigen Behinderung, Autismus oder kombinierten komplexen Beeinträchtigungen ungenügend.

Darüber hinaus sind die Wartezeiten in Krisensituationen unzumutbar lang, nicht selten müssen Betroffene und ihre Familien bis zu sechs Monate auf eine spezialisierte Betreuung warten.

Diese grosse Belastung teilen die ambulant tätigen Psychiater:innen mit den Betroffenen. Die damit verbundene Verantwortung können sie bisweilen kaum (er-)tragen.

Die SP Basel-Stadt und die SP Baselland kritisieren zudem, dass nicht genügend Unterstützungs- und Entlastungsangebote für betroffene Familien und Angehörige mit chronisch und/oder psychisch kranken Minderjährigen vorhanden sind. Weiter bemängelt die SP den fehlenden oder mangelhaft strukturierten Transitionsprozess, also den Übergang von einer kindzentrierten hin zu einer erwachsenorientierten Gesundheitsversorgung.

Massnahmen gefordert

Die Probleme sind vielschichtig. Neben den personellen Engpässen in den psychiatrischen Kliniken und bei den in eigener Praxis tätigen Kinder- und Jugendpsychiater:innen und -psycholog:innen sowie dem Pflegepersonal fehlen spezialisierte Angebote für die obgenannten komplexen Situationen, welche eine Brücke zwischen somatischer und psychiatrischer Versorgung schlagen müssten.

Des Weiteren erscheint eine verbesserte psychiatrische Betreuung in Heimen für körperlich oder/und psychisch beeinträchtigte Kinder und Jugendliche notwendig.

Seitens der beiden Kantone steht im Rahmen der Gesundheitsversorgung die gemeinsame Planung im Bereich der Psychiatrie an. Die beiden Vorstösse fordern von den Kantonen verbindliche Planungen, Massnahmen und Angebote, um die Probleme in der Kinder- und Jugendpsychiatrie zu beheben, die interkantonale Zusammenarbeit zu stärken und die Vernetzung zwischen den Leistungserbringenden, den Betroffenen und ihren Angehörigen zu verbessern.



Gute Stimmung nach der ersten Sitzung des neuen Einwohnerrates.

Aufbruch in Riehen? An der SP soll es nicht scheitern

Am 4. Mai 2022 hat die neue Legislatur des Riehener Einwohnerrates begonnen – mit einer historisch starken SP-Vertretung.

Wer «konstituierende Sitzung des Riehener Einwohnerrates» hört, denkt wohl nicht gerade an einen besonders feierlichen Anlass. Alleine das Wort «Sitzung» bringt man nicht automatisch mit Musik, Zeremonie und Apéro in Verbindung. Doch am 4. Mai dieses Jahres war das für einmal anders. So fand in Riehen regelrecht ein sozialdemokratischer Freudentag statt. Als im Februar der Erdrutschsieg der SP im Riehener Parlament bejubelt wurde, ahnte man es schon. Denn erstmals in der Geschichte Riehens durften sowohl das jüngste als auch das älteste Ratsmitglied eine Antrittsrede halten zur Eröffnung der Legislatur. Wie gehabt hat auch der Einwohnerratspräsident das Wort – notabene der höchste Riehener. Die SP-Fraktion, welche nun tatsächlich



Joris Fricker, Einwohnerrat



Martin Leschhorn, Einwohnerratspräsident 2022–2024

einen Viertel des Parlamentes stellt, lebt Diversität in jeder Beziehung vor. Während es die JUSO geschafft hat, Joris Fricker als Jüngsten in den Einwohnerrat zu bringen, stellt die SP mit Brigitte Zogg auch die Ratsälteste. Was letztlich auch damit zusammenhängt, dass zwei ältere Ratsmitglieder abgewählt wurden. Mit Martin Leschhorn Strebel leitet während den nächsten zwei Jahren ein überzeugter Sozialdemokrat als Einwohnerratspräsident das Parlament. So hatte diese konstituierende Sitzung des Einwohnerrates vieles zu bieten, was das SP-Herz begehrt: feurige Antrittsreden und einen vegetarischen Apéro.

Klima und Demokratieerweiterung

Joris Fricker sprach die Wichtigkeit der nächsten Legislatur an. Die Kli-

makrise ist real und erfordert auch in Riehen endlich die notwendigen Massnahmen. Joris betonte seine aktivistischen Wurzeln und hofft, etwas mehr Schwung in die Riehener Klimapolitik zu bringen. Als JUSO strich er ausserdem die Dringlichkeit des Stimmrechtsalters 16 heraus, welches demnächst erneut ins Parlament kommt. Demokratieerweiterung, Jugendpartizipation und politische Bildung sind auch für Riehen das Fundament für breit abgestützte Anliegen und Forderungen.

Klima in der Riehener Realpolitik

Auch Brigitte Zogg nutzte ihre Rede als Alterspräsidentin, um an die Klimapolitik zu appellieren. Sie betonte besonders sachpolitische Aspekte. So hat die bürgerliche Mehrheit in den letzten Jahren viele klimapolitische Vorstösse abgelehnt und wichtige Eingriffe versäumt. Zu erwäh-

nen ist etwa die neulich abgelehnte Photovoltaikanlage auf einem Neubau der Gemeindegärtnerei. Brigitte hofft, dass solche Dinge in der neuen Legislatur nicht mehr geschehen und sich die Gemeinde in Sachen Klimaschutz, aber zum Beispiel auch in der Schulraumplanung in eine progressivere Richtung bewegt.

Repräsentanz im Rat

Martin Leschhorn Strebel, der mit 38 von 40 Stimmen sehr klar ins Amt des höchsten Riehebers gewählt worden ist, setzte sich in seiner Rede ganz grundsätzlich mit dem Thema der Repräsentanz auseinander. Ein im Proporz gewähltes Parlament sollte die Bevölkerung Riehens möglichst gut abbilden. Der Einwohnerrat erfüllt dies jedoch nicht. 27 % der Bevölkerung ist mangels Stimmrecht nicht vertreten, im Einwohnerrat ist der Altersdurchschnitt um 10 Jahre höher als bei der Bevölkerung, und fast schon ein wenig peinlich ist der Frauenanteil von 35 %. An der SP-Fraktion liegt dieses Manko nicht: Sie stellt die jüngste Fraktion – bei einem Frauenanteil von 50 %.

Der sozialdemokratische Einwohnerratspräsident wollte den Hinweis auf diese Schwächen vor allem dahingehend verstanden wissen, dass der Rat sich der Vielfalt Riehens immer bewusst sein und sich auch für diejenigen engagieren sollte, die nicht im Rat vertreten sind. Er schloss: «Niemand kann einen besonderen Anspruch darauf erheben, was Riehen ist und wie es zu sein hat. Aber wir alle können dazu beitragen, Riehen als lebendige Gemeinschaft weiterzuentwickeln. Denn wir stärken unsere Demokratie in den nächsten vier Jahren gerade dann, wenn wir niemanden zurücklassen.»



Frantisek Matous

Freiheit geht nur mit Gleichheit

Melanie Nussbaumer,
Grossrätin

Das Motto des diesjährigen 1. Mai – Frieden, Freiheit, Solidarität – war sehr philosophisch, was verschiedentlich kritisiert wurde. Die Kritik ist nachvollziehbar. Auch ich freue mich wieder auf einen 1. Mai mit einer konkreten Forderung, zum Beispiel keine Rentenreform auf Kosten der Frauen. Nichtsdestotrotz ist für mich der 1. Mai jeweils durchaus ein Tag, an dem ich mir gerne grundsätzliche Gedanken mache. Zum Beispiel merke ich jedes Jahr, wie ich gedanklich einen Prozess aktivieren muss, um das typische Bild des «Arbeiters» zu erweitern. Ich versuche beispielsweise auch die Kämpfe von Pflegefachkräften, Kitabetreuer:innen oder anderen Angestellten im Dienstleistungsbereich zu feiern. Auch alle unbezahlt arbeitenden Personen wie Väter und Mütter dürfen am Feiertag der arbeitenden Bevölkerung nicht vergessen gehen. Und die Solidarität gilt auch den nicht-arbeitenden Bevölkerungsschichten, zum Beispiel Arbeitslosen. Denn nicht arbeiten zu können in einer Gesellschaft, in der alles über Arbeit und Leistung definiert wird, ist nicht einfach. Nur mit einer solidarischen Haltung mit all den genannten Gruppen, ohne die eine gegen die andere auszuspielen, können wir dem Ziel einer friedlichen und freiheitlichen Gesellschaft näherkommen. Denn Freiheit geht nur mit Gleichheit, zum Beispiel mit gleichen Renten für Frauen und Männer.

AGENDA SP BS

- Freitag, 19. August 2022, 12 Uhr
Feministisches Zmittag
Restaurant Hirschenek (Anmeldung bei siegrist.ledwina@gmail.com)
- Donnerstag, 25. August 2022, 20 Uhr
Reserve-Delegiertenversammlung
Borromäum, Byfangweg 6 (ob sie stattfindet, wird per Mail und auf der Homepage kommuniziert)
- Samstag, 27. August 2022, 9 Uhr
Parteitag SP Basel-Stadt
Ort und Thema werden noch bekannt gegeben

Veranstaltungen der SP Basel-Stadt werden jeweils auch im Newsletter am Dienstag per Mail angekündigt. Die Agenda auf der Website www.sp-bs.ch wird laufend aktualisiert und enthält nebst den kantonalen Terminen auch jene von anderen SP-Organen.

Klassenkampf und Genderstern*

Wir müssen die Verbindung unserer demokratischen Grundwerte mit der Gleichstellungspolitik in einer klaren Sprache vermitteln können. Das war ein wichtiges Ergebnis am Bildungsabend der SP Basel-Stadt im Mai.



Michela Seggiani, Grossrätin

Seit ihrer Gründung 1888 engagiert sich die SP Schweiz für Sozialreformen. Seit Anfang des 20. Jahrhunderts setzt sie sich stark für den Schutz der Arbeitnehmenden ein und seit den 1970er-Jahren für gleiche Rechte von Frauen und Männern. Schon immer hat sich unsere Partei entwickelt und einen dynamischen Prozess bezüglich ihrer Themen und Programmpunkte geführt. Heute setzt sie sich unter anderem auch für eine inkludierende Sprache, für Chancengleichheit und für Diversity-Strategien ein. Diese Punkte sind heute auch intern nicht unbestritten und sorgen in den Medien oft für Häme.

Ergiebige Bildungsveranstaltung

Deshalb fand im Zuge der SP-Bildungsreihe die Veranstaltung «Klassenkampf und Genderstern*» statt, die ich leiten durfte. Es ist mir wichtig, Aussagen entgegenhalten zu können, wir würden uns nur noch mit Themen weitab der Interessen der Bevölkerung beschäftigen. Wir müssen solche Äusserungen ernst nehmen und darüber sprechen. Die Veranstaltung beschäftigte sich damit, was eigentlich Gender und Diversity bedeuten, warum

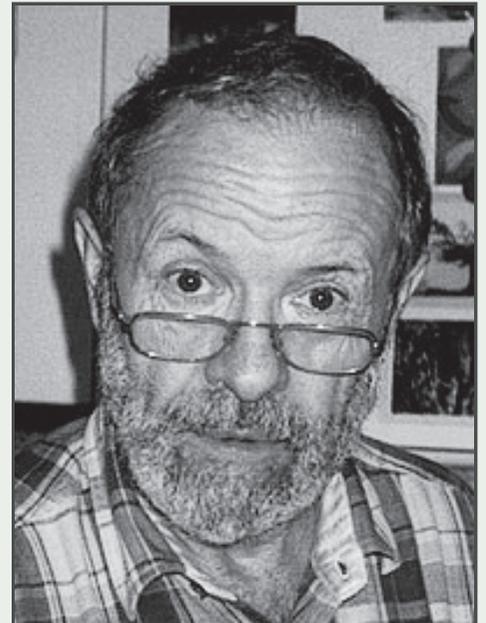
Klischees und Normen sich so starr halten und was diese Themen mit der SP und mit Klassenkampf zu tun haben. Im Verlauf des Abends hat sich gezeigt, dass das Wording innerhalb der Gleichstellungs- und Genderdebatte für viele Genoss:innen ausschliessend ist, weil die Begriffe nicht etabliert sind und aus einem universitären Kontext kommen. Viele Menschen würden sich zwar dafür interessieren, haben aber weder Zeit noch Musse, sich individuell und so spezifisch weiterzubilden.

Einfache Worte, klare Aussage

Was bedeutet das konkret für uns? Die Themen selbst entsprechen zwar meistens dem Interesse und Bedürfnissen der Bevölkerung, sie werden aber nicht verstanden oder als eigene Anliegen wahrgenommen. Der Bezug zur eigenen Biografie ist oft nicht sichtbar. Das heisst, wir müssen weiter mit grossem Effort informieren und sensibilisieren. Auch innerhalb der SP müssen wir unbedingt inkludierende Gespräche und Debatten führen. Wie können wir gemeinsam für eine Sache kämpfen, nämlich Gleichstellung, wenn wir das mit Begrifflichkeiten tun, die nur wenige verstehen? Oder wer weiss auf Anhieb was «auch Cis-Männer, genauso wie FLINTA*-Menschen, leiden unter den stereotypen Normen, die unser meist hegemonial geprägtes Selbstverständnis für Dichotomie in einer patriarchal geführten Gesellschaft bestehen» bedeutet? Eben. Also: Einfache Worte, klare Aussage. Wie zum Beispiel: Für alle statt für wenige!



Pixabay



DIE SP BASEL-STADT TRAUERT UM WERNER ZÜRCHER

Werner Zürcher kam 1932 im Kleinbasel zur Welt und wuchs als Einzelkind in bescheidenen Verhältnissen auf. Als Jüngling engagierte er sich in der Sozialistischen Jugend, mit seiner späteren Frau Esther Keilwerth betreute er Kinderlager der Roten Falken.

1965 rückte Werner zum ersten Mal für die SP Riehen in den Grossen Rat nach. Insgesamt war er – mit Unterbrüchen – elf Jahre im städtischen Parlament. In den 70er-Jahren war er zudem Mitglied des Einwohnerrats Riehen und gehörte von 1978 bis 1982 dem Gemeinderat an. In dieser Funktion ermöglichte er die Skulpturen-Ausstellung im Wenkenpark 1980. Werners besonderes Interesse galt der Bildungs- und der Kulturpolitik. Er setzte sich unbeirrbar für Chancengleichheit ein. Als grosser Naturliebhaber war er zudem schon früh an ökologischen Fragen interessiert.

Von Beruf war Werner Laborant. Er arbeitete als Assistent am Institut für Organische Chemie. Nach seiner Pensionierung genoss er mit seiner zweiten Frau Vera Gerwig das kulturelle Geschehen in der Region und nahm am Leben seiner zwei Söhne und seiner Enkelkinder Anteil. In den letzten Jahren schränkte ihn seine Demenz immer stärker ein. Er starb am 21. Mai 2022.

Thomas und Alex Zürcher



Pixabay

Wir ergreifen Partei für ein fortschrittliches Baselbiet

Nach Jahren der Abbaupolitik ist es Zeit für Fortschritt im Baselbiet. Für sozialen und ökologischen Fortschritt. Wir ergreifen Partei für soziale Sicherheit, flächendeckendes Kitaplatz-Angebot, für einen wirksamen und sozial gerechten Klimaschutz und für gute Schulen. Davon wollen wir die Baselbieter Bevölkerung am 12. Februar 2023 überzeugen.

Die «Köpfe» für unsere Themen sind natürlich in erster Linie unsere Regierungsrätin Kathrin Schweizer und Thomas Noack, der von der Delegiertenversammlung im Juni als zweiter Regierungsratskandidat nominiert wurde. Weiter geben die 90 Landratskandidat:innen unseren Werten und Themen in allen Regionen des Baselbiets ein Gesicht. Die Nomination der Landratskandidat:innen wird an der Wahl-DV im August erfolgen. Wir werden alles dafür geben, dass die Listen bezüglich des Geschlechts und Alters die Vielfalt unserer Gesellschaft abbilden.

Basiskampagne

Ein wichtiger Teil unserer Wahlkampagne wird wiederum das Engagement von uns allen sein: Im direkten Gespräch mit den

Menschen mobilisieren wir kurz vor den Wahlen die Wähler:innen, die uns nahestehen. Bereits ab Herbst werden im ganzen Kanton Politapéros stattfinden, an denen die Landratskandidat:innen im Beisein eines «Promis», z. B. von Kathrin Schweizer oder Thomas Noack, ihre Freund:innen einladen, um über die Wahlen zu sprechen. Neben dem inhaltlichen Austausch werden an den Politapéros auch konkrete Möglichkeiten des Engagements aufgezeigt: Postkarten schreiben, Plakate oder Blachen aufhängen sowie die Mithilfe bei der Telefonmobilisierung etc. Die ersten Pilotversuche mit Politapéros in Zürich verliefen äusserst erfolgreich; ein Grossteil der Gäst:innen ist bereit, in irgendeiner Form beim Wahlkampf mitzuhelfen. Ebenfalls im Herbst findet in fast jeder Sektion ein öffentlicher themati-

scher Anlass statt, an dem die Bevölkerung die Kandidat:innen und Themen der SP kennenlernen kann. Wie gewohnt finden dann im Januar die Strassenaktionen statt, gefolgt von der Telefonmobilisierung in den letzten vier Wochen vor den Wahlen. Unterstützt werden wir bei der Basiskampagne von drei Campaigner:innen (siehe unten).

Visueller Auftritt

Den visuellen Auftritt erarbeiten wir in enger Zusammenarbeit mit der SP Schweiz, so dass unsere Plakate, Flyer, Blachen, Inserate und Give-aways klar erkennbar sind und einheitlich daherkommen.

Es wird den vollen Einsatz von uns allen benötigen, damit mehr SP in der Regierung und im Parlament möglich wird. Aber wir sind bestens vorbereitet und freuen uns auf einen intensiven und wirkungsvollen Wahlkampf mit euch allen. Gemeinsam verändern wir diesen Kanton!

Miriam Locher, Präsidentin SP BL
Nils Jocher, Vizepräsident SP BL
Jonas Eggmann, Vizepräsident SP BL

DREI CAMPAIGNER:INNEN FÜR FORTSCHRITT IM BASELBIET



Mit einer Vertretung in der Regierung können wir ganz konkrete Verbesserungen im Leben der Menschen hervorbringen. Das gehört

zur Verantwortung als starke linke Partei und nur so können wir das Vertrauen in uns und in linke Alternativen stärken.

Ich engagiere mich im Vorstand der JUSO Baselland und der SP Liestal und Umgebung. Im Frühling dieses Jahres habe ich für den Gemeinderat in Lupsingen kandidiert. Mein Studium der Sozialwissenschaften und Geschichte spielt sehr gut mit diesen Engagements und auch mit der Aufgabe als Campaigner bei der SP zusammen. Als Ausgleich zu Studium und Politik spiele ich bei der Brass Band Frenkendorf Posaune.

Ich freue mich sehr darauf, mich ab August so direkt für den Regierungswahlkampf einsetzen zu dürfen und danke euch für euer Vertrauen.

Jonas Bischofberger,
Campaigner für die Regierungswahlen



In der laufenden Legislatur durften wir erleben, wie sich die Rückkehr der SP in die Regierung und die veränderten Mehrheiten im Land-

rat positiv auf das politische Geschehen im Baselbiet ausgewirkt haben. Trotz diesen Erfolgserlebnissen wurden uns jedoch die Grenzen mit den aktuellen bürgerlichen Mehrheiten aufgezeigt. Als Campaignerin möchte ich dazu beitragen, dass die SP zukünftig das Baselbiet linker gestaltet. Seit 2021 bin ich als Co-Präsidentin für die SP Muttenz aktiv und setze mich auf kommunaler Ebene für die SP ein. Ich studiere an der Uni Basel Philosophie und Soziologie und diskutiere auch in meiner Freizeit gerne über die grossen (politischen) Fragen.

Ich freue mich auf einen spannenden, intensiven und erfolgreichen Wahlkampf mit euch!

Julie von Büren,
Campaignerin für die Landratswahlen



Die bürgerlichen Mehrheiten des Baselbiets haben aus mir 2019 ein SP/JUSO-Mitglied gemacht, unsere Politik-Alternativen haben mich

hier gehalten. Als Campaignerin möchte ich meinen Teil dazu beitragen, dass die SP-Landratsfraktion ihren sozialen, linken und klimagerechten Einfluss ausbauen kann. Ich bin, erst als Kassierin, seit Anfang 2021 im Vorstand der JUSO, den ich seit einigen Monaten im Co-Präsidium mitprägen darf. Neben der Politik studiere ich Soziologie und Englisch in Basel und bin in einem kleinen Pensum in der Kantonsbibliothek angestellt. In meiner übrigen Zeit mache ich gern Streifzüge durch Brockis, flicke und verschönere meine Kleider oder trinke Tee. Ich freue mich auf einen kämpferischen Wahlkampf mit euch!

Clara Bonk,
Campaignerin für die Landratswahlen

Unsere Kandidierenden für den Regierungsrat

Lust auf mehr

Seit 2019 darf ich die Sicherheitsdirektion leiten, eine Aufgabe, die mir viel Freude bereitet. Als Mitglied der Baselbieter Regierung gestalte ich unseren Kanton mit.

Für mich ist klar: Sicherheit muss umfassend gedacht werden, da geht es nicht nur um die Aufgaben der Polizei. Chancengerechtigkeit ist ein wichtiger Beitrag für die Prävention von Straftaten.

Soziale Sicherheit

Bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf besteht im Baselbiet Nachholbedarf. Es braucht genügend und zahlbare Plätze in Kindertagesstätten und bei der schulergänzenden Betreuung.

Gerechte Chancen für alle, die hier wohnen, sind unabdingbar. Es sollen sich alle begegnen und sich hier wohl fühlen können. Mit verschiedenen Angeboten kann die Integration besser gelingen: Spracherwerb ab Vorschulalter, Beratung und auch Schutz vor Diskriminierung sind nötig, insbesondere mit Blick auf die Jüngsten. Die Sprachförderung im Vorschulalter sorgt für einen guten Start in den Schulalltag und später in die Berufsausbildung.

Lebenswerte Gesellschaft

Eine hohe Lebensqualität geht nicht ohne Sicherheit. Das Baselbiet soll ein sicherer Kanton bleiben. Sei es im öffentlichen Raum, zu Hause, im Cyberraum oder im Verkehr. Besonderes Augenmerk liegt auf der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt.

Mit dem Aufbau des Kompetenzzentrums Cybercrime konnte der Kanton Basel-Landschaft personell und organisatorisch einen wichtigen Schritt für die Bekämpfung von Cybercrime vollziehen. Aber bei der Prävention gibt es weiteren Handlungsbedarf.

Wir brauchen weiterhin eine präzise und gut ausgebildete Polizei, die ihre Aufgaben im Rahmen ihres Auftrags fair und transparent wahrnimmt und so zur Sicherheit der Bevölkerung beiträgt.

Nachhaltige Klimapolitik

Wenn wir nicht Sorge zu unserem Planeten tragen, verlieren alle Errungenschaften ihre Bedeutung. Wir müssen mit dem Klimaschutz vorwärts machen, ohne zu zögern. Es braucht möglichst schnell die Unabhängigkeit von den fossilen Energieträgern, und unseren Energie- und Ressourcenverbrauch müssen wir überdenken.

Um die erreichten Verbesserungen zu vertiefen und weitere Fortschritte zu erzielen, möchte ich auch in der nächsten Legislatur in der Regierung unseren Kanton mitgestalten und Verantwortung übernehmen.



Kathrin Schweizer, Regierungsrätin SP

Politik für die Menschen

Auf meinem Pult im Büro liegt ein Buch, dessen Motto mich prägt. Es ist ein Buch, das verschiedene Ideen zur Umgestaltung einer wichtigen Verkehrsachse in Hamburg beschreibt. Das tönt abstrakt, aber der Titel ist konkret. Er lautet «Put People first» – frei übersetzt: Im Vordergrund hat das Wohl der Menschen zu stehen. Und das ist auch der Grundsatz meines politischen Engagements als Sozialdemokrat: Was wir machen, muss sich am Wohl aller Menschen in diesem Kanton messen.

Manchmal tendiert die Politik dazu, abstrakt zu werden – aber eigentlich geht es um das ganz Konkrete: darum, unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen, um eine bezahlbare Gesundheitsversorgung, darum, dass alle Beruf und Familie vereinbaren können, und vieles mehr. Wir treffen in den kommenden Jahren wichtige Entscheide, die das Leben unserer Kinder und Grosskinder betreffen werden.

Herausforderungen angehen

Zuoberst auf meiner Agenda stehen drei wichtige Themen, die wir in der kommenden Legislatur anpacken müssen.

Ich möchte, dass wir

1. den finanziellen Spielraum des Kantons klug und zu Gunsten der Lebensqualität aller Menschen nutzen;
2. den Lebensraum der Menschen aktiv gestalten;
3. dafür sorgen, dass der Kanton mit den Gemeinden und seinen Nachbarn besser zusammenarbeitet.

Meine Perspektive

Als Naturwissenschaftler habe ich gelernt zu beobachten, zu analysieren und die Ergebnisse in einen grösseren Kontext zu stellen. Als Raumplaner habe ich gelernt, Bilder für die Gestaltung des Lebensraums zu entwerfen und unterschiedliche Interessen abzuwägen. Als Gemeinderat in Bubendorf, als Landrat und Präsident der Umweltschutz- und Energiekommission und als Leiter des Stadtbauamts in der Stadt Liestal habe ich gelernt, zusammen mit Menschen mit unterschiedlichen Wertvorstellungen Lösungen zu finden.

Als Regierungsrat möchte ich mit dieser Erfahrung die Zukunft des Baselbiets mitgestalten. Ich tue das nicht leichtfertig, sondern mit grossem Respekt für die Menschen, die hier heute und in Zukunft leben werden. Mehr als in Worten äussert sich dieser Respekt in konkreten Taten – für das Klima, für unseren Lebensraum, für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, für eine bezahlbare Gesundheitsversorgung.



Thomas Noack, Landrat SP BL



Teilnehmer:innen des Bildungsweekends.

Ungleichheit – und unsere Antworten

Dreissig Genossinnen und Genossen haben sich vom 13. bis 15. Mai 2022 in Langenbruck intensiv mit dem Thema «Ungleichheit» auseinandergesetzt. Bald einmal zeigte sich, dass hinter dem lapidaren Titel zahlreiche Erscheinungsformen von Benachteiligung und Diskriminierung stehen.

Für eine Bevölkerungsmehrheit spürbar ist jene gesamtgesellschaftliche Kluft, die in den letzten dreissig Jahren massiv zugenommen hat. Der Ökonom Hans Baumann zeigte auf, dass in der Schweiz heute das reichste Prozent der Bevölkerung über 45 % der Vermögen verfügt, während dieser Anteil 1990 noch 30 % betrug. Aber immerhin sind vor dem Gesetz alle gleich ... Wirklich? Dass dem keineswegs so ist, wies der Anwalt Stephan Bernard eindrücklich nach. Allein schon der Zugang zu Rechtsmitteln ist – je nach Bildung und Einkommen – sehr unterschiedlich.

Dimensionen der Ungleichheit

Markante soziale Unterschiede gibt es auch vor unserer Haustür, wie Regierungsrätin Kathrin Schweizer mit klaren Fakten über die Armut im Baselbiet deutlich machte. Mehr als stossend ist zudem die Ungleichheit der Geschlechter. Dazu bloss eine Zahl: Mehr als die Hälfte der Care-Arbeit wird gemäss Simona Isler, Gleichstellungsbeauftragte des Schweizerischen Nationalfonds, unentgeltlich geleistet – grossmehrheitlich von Frauen. Schliesslich führte der Soziologe Holger Schatz aus, dass Bildungsgerechtigkeit noch nicht Chancengleichheit bedeute.

Mit Betroffenen sprechen

Unmittelbaren Kontakt hatten die Seminarteilnehmenden am zweiten Abend mit Be-

troffenen von Diskriminierungen, seien es stark übergewichtige Menschen oder Arbeitsbetroffene, seien es queere Menschen oder solche mit Rassismuserfahrung.

Ungleichheit – was tun?

Wie verhalten wir uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten angesichts der allgegenwärtigen Ungleichheit? Diese Frage erörterten am abschliessenden Podiumsgespräch Mattea Meyer, Co-Präsidentin der SP Schweiz, Andreas Rieger, ehemaliger Präsident der Gewerkschaft UNIA, und Domenico Sposato, Geschäftsführer Caritas beider Basel. Dass eine gezielte Antidiskriminierungs- und traditionelle Sozialpolitik der Gewerkschaftsbewegung sich ergänzen können, zeigte Andreas Rieger am Beispiel des Mindestlohnes auf; davon profitieren ja gerade auch diskriminierte Gruppen (zum Beispiel Niedrigverdienende, Migrantinnen und Migranten).

Domenico Sposato plädierte seinerseits dafür, dass die SP den Ausschluss und die Stigmatisierung bestimmter Personengruppen verhindern solle. Mattea Meyer brachte unseren Einsatz gegenüber Ungleichheit auf den Punkt: «Wir kämpfen dafür, dass alle Menschen ein menschenwürdiges Leben führen können.»

Viktor Moser, Bildungsgruppe SP Baselland

FORTSCHRITTS- PROGRAMM

Am 12. Februar 2023 finden in Basel-land die kantonalen Wahlen statt. Nachdem wir 2019 unter dem Slogan *Zukunft statt Abbau* reüssiert und einen Sitz in der Regierung zurückerobert haben und als stärkste Fraktion aus den Wahlen hervorgingen, stehen wir nun vor einer neuen Herausforderung. Trotz Wahlsieg 2019 politisieren wir aus einer Minderheitsposition heraus. Nach Jahren der Abbaupolitik ist es nun endlich Zeit für Fortschritt im Baselbiet. Deshalb wollen wir der Bevölkerung aufzeigen, was wir unter Fortschritt verstehen und wieso es diesen im Baselbiet braucht.

Die inhaltliche Basis dafür liefert unser Fortschrittsprogramm: In 15 thematischen Kapiteln zeigen wir von Bildung über Klima und Gleichstellung bis hin zu Wirtschaft und Wohnen unsere sozialdemokratischen Grundüberzeugungen und konkreten Forderungen auf. Für das ganze Fortschrittsprogramm können Anträge gestellt werden, über die wir an der Wahl-Delegiertenversammlung am 20. August entscheiden werden.

Alle Sektionen und Gruppierungen, sowie drei Einzelmitglieder zusammen, können bis Ende Juli Änderungsanträge stellen. Es ist uns ein zentrales Anliegen, dass möglichst viele aktiv am Programm mitarbeiten. So erarbeiten wir gemeinsam die inhaltlichen Grundlagen für unseren Wahlkampf.

Miriam Locher, Präsidentin SP BL

AUSSCHREIBUNG BILDUNGSRAT

Für die Amtsperiode vom 1. August 2023 bis 31. Juli 2027 kann die SP Baselland jemanden für den Bildungsrat vorschlagen. Der Bildungsrat besteht aus 12 Mitgliedern (3 Vertreter:innen der Lehrer:innenkonferenz, je 2 Vertreter:innen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen sowie je einer Vertretung der fünf grössten Fraktionen im Landrat) und trifft sich einmal im Monat am Mittwochnachmittag sowie zusätzlich an zwei ganzen Tagen pro Jahr. Der Bildungsrat nimmt zu allen wichtigen Fragen im Bildungswesen Stellung. Interessierte melden sich bis Ende August beim Sekretariat (info@sp-bl.ch).

AGENDA SP BL

- Samstag, 20. August 2022
Wahldelegiertenversammlung
Gelterkinden, Restaurant Rössli
- Samstag, 3. September 2022
Wahlparteitag
Liestal, Regierungsgebäude

AUS DEM LANDRAT

Eine ÖV-Offensive fürs Baselbiet

Der Verkehr ist schweizweit für einen Drittel der CO₂-Emissionen verantwortlich. Somit besteht in diesem Bereich ein grosses Potenzial, um den CO₂-Ausstoss zu verringern. So etwa mit einer Stärkung des öffentlichen Verkehrs. Die SP-Fraktion hat deshalb an der Landratssitzung vom 5. Mai 16 Vorstösse eingereicht, welche auf verschiedene Art und Weise eine Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Verkehrs fordern.

Angebot stärken

Die 16 Vorstösse für eine ÖV-Offensive im Kanton Basel-Landschaft setzen an unterschiedlichen Punkten an. So fordert beispielsweise Thomas Noack in einer Motion die Einführung des Viertelstunden-Taktes auf der Linie 70, Sandra



Jan Kirchmayr, Landrat

Strüby wünscht sich ein ausgebauter Spätangebot des öffentlichen Verkehrs im Oberbaselbiet, Linard Candrea beauftragt die Regierung, den S-Bahn-Viertelstunden-Takt Aesch-Laufen zu prüfen, und der Schreibende fordert die Realisierung eines Expresstrams im Birstal.

Infrastruktur ausbauen

Neben einer Verbesserung des Angebots fordern wir auch einen Ausbau der Infrastruktur. So möchte Roman Brunner, dass die S-Bahn-Haltestelle St. Jakob bedient wird, und Sandra Strüby regt den Bau eines Bahnhofs Bökten an.

Der Klimawandel wird jedoch nicht nur mit dem Ausbau des öffentlichen Verkehrs bekämpft, sondern auch mit konkreten Massnahmen

des Kantons und der Transportunternehmen. Désirée Jaun fordert deshalb, dass ÖV-Haltestellen mit Solarzellen bestückt werden und beim Bau von Tramtrassen zukünftig vermehrt auf Grüngleise gesetzt wird. Etienne Winter schliesslich möchte, dass der Kanton einen Mobilitäts-Innovationsfonds schafft. Mit diesem Fonds sollen neue und innovative Ideen im Bereich der Mobilität gefördert werden.

Für uns ist klar: Wir müssen die ökologische Mobilität jetzt fördern, um damit einen entscheidenden Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels zu leisten.

Eine Übersicht über die Vorstösse ist auf der Website der SP Baselland (www.sp-bl.ch) zu finden.

AUS DEM GROSSEN RAT

Kostenlose Einbürgerungen für unter 25-Jährige – das muss möglich sein!

Heute können 36,9%* der Gesamtbevölkerung von Basel-Stadt weder abstimmen und wählen noch sich für politische Ämter bewerben. Auch wenn diese Menschen wertvolle Mitglieder der Gesellschaft sind, ohne Schweizerpass sind sie heute Bürger:innen zweiter Klasse.

Einwohnerstimmrecht hängig

Dieser Umstand ist der SP schon lange ein Dorn im Auge und wir arbeiten kontinuierlich daran, ihn zu ändern. Ein wichtiges Ziel für uns ist das Einwohnerstimmrecht, für welches wir aktiv eintreten. Eine entsprechende Motion aus der SP-Fraktion wurde im Dezember 2019 im Grossen Rat überwiesen und liegt nun beim Regierungsrat zur Ausarbeitung. Ob das Gesetz eine Mehrheit findet, ist

*www.statistik.bs.ch/haeufig-gefragt/einwohner/auslaender.html

noch nicht klar. Deshalb finden wir es wichtig, auch andernorts anzusetzen, um die Demokratie zu stärken.

Kosten verhindern Einbürgerungen

Ein Einbürgerungsverfahren verlangt nicht nur einen Test und ein persönliches Gespräch, sondern bringt auch eine erhebliche finanzielle Hürde mit sich. Gerade für junge Erwachsene können die Einbürgerungsgebühren eine Hürde darstellen, da das Budget in vielen Fällen beschränkt ist. In der Schweiz geborene Kinder und Jugendliche sind bis zum 20. Geburtstag im Kanton Basel-Stadt bereits von den Kantons- und Gemeindegebühren befreit, die Bundesgebühr fällt weiterhin an. Die Realität zeigt jedoch, dass junge Menschen heute in den wenigsten Fällen bereits mit 19 Jahren ihre Ausbildung abgeschlossen haben und genug ver-



Jessica Brandenburger, Co-Parteipräsidentin und Grossrätin



Mahir Kabakci, Grossrat

dienen, um die Einbürgerungsgebühren ohne weiteres zu bezahlen.

Einbürgerungen von Jungen ermöglichen

Deshalb haben wir eine Motion eingereicht, welche fordert, dass von Bürgerrechtsbewerber:innen, die bei der Einreichung des Gesuchs das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, keine Gebühren von Kanton und Gemeinden erhoben werden. Am letzten Grossratstag wurde die Motion dann mit einer klaren Mehrheit überwiesen. Mit der Motion wollen wir erreichen, dass sich mehr junge Menschen einbürgern lassen können. Natürlich ist dies nur ein weiterer Schritt auf dem Weg. Das Ziel muss es sein, dass alle Menschen, die im Kanton Basel-Stadt zu Hause sind, sich am demokratischen Prozess beteiligen können. Wir bleiben dran.